

Realismus und Bescheidenheit

Ein Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg ist auch heute noch lehrreich

Tobias von Gienanth | Was kann die moderne, post-westfälische Welt von der prä-westfälischen lernen? Bei der Katastrophe des 17. Jahrhunderts wie in den aktuellen Konflikten des Nahen Ostens haben sich lokale Krisenherde zu Flächenbränden ausgeweitet. Die hohe Zahl der Beteiligten verhindert schnelle Lösungen, die nur am Verhandlungstisch gefunden werden können.

Was unterscheidet eigentlich gegenwärtige Warlords in Syrien, Afghanistan oder dem Kongo von Wallenstein? Doch vor allem die Tatsache, dass sich bisher kein Alfred Döblin, kein Smetana, kein Golo Mann, kein Schiller ihrer Untaten angenommen hat. In der künstlerischen Rezeption ist ihnen der Herzog von Friedland also um Längen voraus. Hier soll es aber nicht um die schöngeistige Aufarbeitung nichtstaatlicher Gewaltakteure gehen, sondern um eine andere Art von Rezeption.

Hier geht es um die Frage, ob sich aus dem Vergleich des dreißigjährigen Konflikts in der Mitte Europas, in dessen erster Hälfte Wallenstein eine Hauptrolle spielte, mit der aktuellen, weltweiten Serie von Krisen Denkanstöße und Lehren für die Gegenwart ableiten lassen. Was kann die moder-

ne, post-westfälische Welt von der prä-westfälischen lernen – eingedenk der Tatsache, dass historische Analogien immer unpräzise sind?

Zunächst eine Begriffsklärung: Der am Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 in Münster und Osnabrück geschlossene Frieden gilt Gesellschaftswissenschaftlern als die Geburtsstunde sowohl einer gesamteuropäischen Friedensordnung als auch des „Westfälischen Modells von Staatlichkeit“ oder auch der „Westfälischen Souveränität“.¹ Ihre drei Stützpfeiler sind die Abwesenheit einer den Staaten übergeordneten Instanz (das Souveränitätsprinzip), die Gleichrangigkeit der Staaten untereinander (das Legalitätsprinzip) und die Respektierung ihrer internen Autonomie auf der Basis des staatlichen Gewaltmonopols (das Territorialprinzip).

¹ Beides trifft nicht wirklich zu: Spanien und Frankreich kämpften bis 1659 weiter und fast alle staatsrechtlichen Bestimmungen bezogen sich ausschließlich auf das Territorium des Heiligen Römischen Reiches.

Für seine Zeit war dieses System erstaunlich fortschrittlich: Es etablierte das gleichberechtigte Nebeneinander von Kaiser- und Königreichen, Fürstentümern und Republiken und verbannte theologische Wahrheitsfragen aus der Politik. So ermöglichte es die moderne europäische Staatsbildung mit ihren sozialen, fiskalischen und administrativen Disziplinierungs- und Integrationsmaßnahmen. Gewalt als Mittel staatlicher Politik blieb aber selbstverständlich legal und wurde in den folgenden dreieinhalb Jahrhunderten eifrig praktiziert – gegen andere Staaten wie gegen die eigenen Bürger.

Nach dem Ende des Kalten Krieges hofften manche auf den Beginn einer post-westfälischen Epoche, in der die Handlungsfreiheit der Nationalstaaten nach innen und außen immer stärker durch Völkerrechtsnormen und multilaterale Organisationen begrenzt werden würde. Zentrales Anliegen dieser neuen – oder neuerdings wirksamen – Strukturen² war es, Grundrechte festzuschreiben und gewalttätige Konflikte so weit wie möglich zu verhindern oder ihre Auswirkungen durch Verhaltensregeln zumindest abzumildern. Und tatsächlich sind „westfälische“, also zwischenstaatliche Kriege so gut wie verschwunden; auch die Zahl innerstaatlicher Konflikte ging zurück.

Leider scheint dieses ersehnte post-westfälische Idyll seit einigen Jahren nicht mehr so gut zu funktionieren

wie in den zwei Jahrzehnten nach 1990. Die überall zu spürende Krisenstimmung ist auch kein Produkt einer auf Katastrophen fixierten „Only bad news are good news“-Medienlandschaft. Die Zahlen sind deutlich. Vom Ende des Kalten Krieges bis ca. 2008 ging die Anzahl schwerer innerstaatlicher Konflikte – definiert als solche mit über 1000 direkten Gewaltopfern pro Jahr – deutlich zurück.

Seitdem hat sich ihre Zahl jedoch verdreifacht.³ Entsprechend erhöht hat sich die Zahl der Menschen, die Leben, Gesundheit, Heimat, Lebensunterhalt und die Chance auf ein menschenwürdiges Dasein verloren haben.⁴

Angesichts dieser Entwicklung mag man sich tatsächlich fragen, ob wir auf dem Weg zurück zu den Verhältnissen von vor 1990 sind. Entsprechend ist in jüngster Zeit in Fachpresse wie Massenmedien eine Reihe von Beiträgen mit Titeln wie „Ein Dreißigjähriger Krieg im Nahen Osten“ erschienen. Ähnliches gab es übrigens bereits Ende der neunziger Jahre, im Kontext der zwei Kongo-Kriege (1996/97 und 1998 bis 2003). Doch was ist dran an diesen Vergleichen? Was haben aktuelle innerstaatliche Konflikte mit der Katastrophe des 17. Jahrhunderts gemein – und was nicht?

Das ersehnte post-westfälische Idyll funktioniert nicht mehr

² Deren Wurzeln sind natürlich älter: Erste Ideen stammen aus der Zeit der Aufklärung, die Vereinten Nationen feiern dieses Jahr ihr 70-jähriges Bestehen.

³ Von vier auf zwölf; die betroffenen Länder sind: Syrien, der Irak, Jemen, Libyen, die Demokratische Republik Kongo, Somalia, Südsudan, die Zentralafrikanische Republik, Nigeria, Afghanistan, Pakistan und die Ukraine.

⁴ Uppsala Conflict Data Program/Peace Research Institute Oslo: Armed Conflict Dataset, 2014; United Nations University, Centre for Policy Research: Major Trends in Violent Conflict, November 2014.

Ein gemeinsames Element ist eine deutliche demografische und ökologische Komponente: rapides Bevölkerungswachstum in agrarischen Gesellschaften, Klimawandel, Mangel an Ackerland – und als deren Folge Landflucht, steigende Nahrungsmittelpreise, allgemeine Wirtschaftskrise, ein Heer unterbeschäftigter Menschen

Eine Krise kommt selten allein – das galt damals und auch heute

(insbesondere junger Männer), massive Spekulationsgewinne, tiefe soziale Verwerfungen infolge des immer weiter wachsenden Abstands zwischen Gewinnern und Verlierern dieser Entwicklungen. Diese Litanei beschreibt den Nahen Osten (oder das Horn von Afrika oder die Sahelzone) 2015 genauso gut wie Europa 1615. Nur wird das Klima heute wärmer und es wachsen die Wüsten; damals wurde es kälter – Historiker sprechen von der „Kleinen Eiszeit“ – und es wuchsen die Gletscher.

Erkennbare Parallelen

Damals wie heute kam eine Krise selten allein. Der Dreißigjährige Krieg war zwar der größte, aber keineswegs der einzige Konflikt seiner Zeit: Großbritannien erlebte erst einen englisch-schottischen Krieg (1639–41), dann nahtlos den englischen Bürgerkrieg (1642–51). Die spanische Monarchie sah sich nach 1640 Revolten in Katalonien, Neapel und Portugal (das seitdem unabhängig ist) gegenüber; in Frankreich wurde Richelieu nicht nur von aufsässigen Protestanten (drei Hugenotten-Kriege, 1620–29), sondern auch von hungernden Bauern (Croquants-Rebellionen ab 1635) geplagt, sein Nachfolger Mazarin von

einer Adelsrevolte (die Fronde, 1648–1653). Auch hierfür haben Historiker einen griffigen Namen: „die Krise des 17. Jahrhunderts“.

Den Streit über deren spezifische lokale Details und Ursachen überlassen wir den Fachleuten – entscheidend ist, dass es im 17. wie im 21. Jahrhundert offensichtlich Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Krisenherden gab. Marginalisierte Gruppen, ob sozial, politisch oder religiös, wussten schon damals von Rebellionen in anderen Territorien und nutzten sie argumentativ, so wie in unserer Zeit die Aktivisten des Arabischen Frühlings und die islamistische Internationale. Aufständische Adlige in England und Frankreich etwa zitierten in ihren Flugblättern als Vorbild die „teutsche Libertät“ der Reichsstände, die Protestanten Europas nutzten die Zerstörung ihrer Hochburgen in La Rochelle (1628) und Magdeburg (1631) zur Mobilisierung ihrer Glaubensbrüder.

Im Wesentlichen sind die aktuellen Konflikte ebenso wie der Dreißigjährige Krieg Modernisierungs- und Staatsbildungskonflikte. Auslöser ist jeweils eine lokal spezifische, hochkomplexe Gemengelage mit sozioökonomischen, politischen, geostrategischen und in vielen Fällen – für heutige Europäer besonders irritierend – religiösen Elementen. Auf dem Spiel stehen gleichzeitig die binenstaatliche Grundordnung und das internationale Machtgleichgewicht: Wie sieht ein gerechtes, handlungsfähiges und zugleich „gottgefälliges“ Staatswesen aus, wo sind seine Grenzen und wie verhält es sich zu seinen religiös oder strategisch inkompatiblen Nachbarn?



Dabei wird im Nahen Osten wie auch in Subsahara-Afrika genau jenes westfälische Staatsmodell infrage gestellt, das sich auf unserem Kontinent infolge des Dreißigjährigen Krieges durchgesetzt und das Europa dann in der Kolonialzeit gewaltsam exportiert hat. In der Praxis bedeutet diese untrennbare Vermischung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, religiösen und machtpolitischen Motiven, dass derartige Konflikte schon außerordentlich schwer zu durchschauen und noch schwerer beizulegen sind.

Zwei weitere auffällige Parallelen zwischen dem Dreißigjährigen Krieg und insbesondere den Krisen in Syrien, im Irak und in der Demokratischen Republik Kongo sind noch zu erwähnen. Erstens handelt es sich jeweils um einen zentral gelegenen, großflächigen Konfliktraum, der zunächst durch eine interne Krise destabilisiert wurde und in der Folge wegen der grenzüberschreitenden ethnischen, religiösen oder politischen Ver-

flechtungen der Konfliktparteien sowie wegen seiner strategischen Position und seines Reichtums zum Schauplatz von immer weiter eskalierenden Interventionen der Nachbarstaaten wurde. Eine solche Internationalisierung trägt wesentlich zur Verlängerung und Verschärfung der Konflikte bei, da einerseits mehr Ressourcen – Geld, Waffen, Rekruten – zur Verfügung stehen und andererseits politische und ökonomische Agenden immer komplexer werden. Eine Stabilisierung solcher Konfliktgebiete ist darum überhaupt nur im Rahmen umfassender regionaler Lösungen denkbar.

Zweitens demonstrieren die drei Beispiele einen der verhängnisvollsten Effekte langer Konflikte in schwachen Staaten: Der Krieg beginnt, sich selbst zu ernähren. Gewaltökonomien entstehen, unbezahlte Kämpfer plündern die Bevölkerung aus, Warlords entdecken den Krieg als lukratives Geschäftsmodell. Diese privatisierte

Im Wesentlichen sind die aktuellen Konflikte ebenso wie der Dreißigjährige Krieg Modernisierungs- und Staatsbildungskonflikte: IS-Kämpfer in Raqqa, September 2014

Gewalt produziert eine große Zahl junger Männer, die nichts können außer dem Kriegshandwerk. Auch nach dem Ende der Kampfhandlungen bleibt der Umgang mit diesen Ex-Kombattanten eine der größten Herausforderungen. Bezeichnenderweise gelang diese „Abdankung“ der Söldner im Dreißigjährigen Krieg auch erst nach dem Westfälischen Frieden. Der damit befasste so genannte Nürnberger Exekutionstag von 1649/50 wurde so vielleicht zur frühesten Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationskonferenz.

Besser vernetzt und finanziert

Bei allen Ähnlichkeiten zwischen den Konflikten des 17. und des 21. Jahrhunderts gibt es aber natürlich auch Unterschiede. Nicht alle sind erfreulich. So macht unglücklicherweise die

enorme Expansion von legalen wie illegalen globalisierten Märkten für Rohstoffe, Waffen und Finanzdienst-

leistungen den Einstieg in die gerade beschriebenen Gewaltökonomien heute einfacher als je zuvor. Zusätzlich begünstigen diese Einnahmequellen auch die Zersplitterung von Konfliktparteien, da oft schon die Kontrolle über kleinste Gebiete finanzielle Unabhängigkeit sichern kann. Eine solche Fragmentierung erschwert natürlich eine flächendeckende, dauerhafte Stabilisierung.

Noch stärker als in der Vergangenheit haben aktuelle Krisenherde eine internationale Komponente. Und nicht nur Regierungen handeln international, sondern in einem früher in Umfang und Geschwindigkeit un-

vorstellbaren Ausmaß auch nicht-staatliche Akteure und Privatpersonen. Grenzüberschreitende, verstärkt kooperierende kriminelle und terroristische Organisationen sind ein Aspekt dieser Entwicklung genauso wie weltweite Online-Netzwerke von Anhängern einer Konfliktpartei.

Der Dreißigjährige Krieg kannte auch schon multikulturelle Heerhaufen, doch trafen sich die auf der Landstraße und nicht in einem Internet-Chatroom. Ihre modernen Epigonen sind in der Lage, in Echtzeit mit Gesinnungsgenossen Pläne zu koordinieren, Geldmittel zu verschieben, desorientierte Teenager zu rekrutieren und ihre professionell produzierte Propaganda zu verbreiten. Spoiler – im Jargon der Konfliktforschung diejenigen Akteure, die eine friedliche Lösung aktiv bekämpfen – sind in der Tat nichts Neues. Nur sind sie heute meist besser finanziert, moderner ausgerüstet, taktisch versierter und international vernetzter als jemals zuvor.

Manche Entwicklungen seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges bieten aber durchaus Grund zu Optimismus. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Krisen des 17. und des 21. Jahrhunderts sind das heutige völkerrechtliche Rahmenwerk und die Mechanismen zu seiner Umsetzung. Dazu gehören u.a. das Verbot von gewaltsamen Territorialgewinnen, die Verpflichtung zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Strukturen für ein multilaterales Eingreifen zur Beilegung von Konflikten.

Nun ist allgemein bekannt, dass bei einem Zielkonflikt zwischen Völkerrecht und Staatsräson ersteres nicht immer als Sieger vom Platz geht.

Die Globalisierung vereinfacht den Einstieg in Gewaltökonomien

Ebenso werden die Hunderttausenden Soldaten, Polizisten und zivilen Experten, die weltweit zur Friedenssicherung arbeiten, zwar stets gelobt, aber nicht immer ausreichend unterstützt. Doch heute müssen die Mächtigen wenigstens so tun, als ob sie die Regeln befolgen würden. Richelieu, Olivares und Oxenstierna haben vor keiner Pressekonferenz oder Sitzung des UN-Sicherheitsrats die Verbrechen ihrer Söldnerheere abstreiten müssen. Kein George Clooney hat sie per Satellitenaufnahme Lügen gestraft. Warlords wie Albrecht von Wallenstein oder Ernst von Mansfeld haben keinen Schlaf über Gedanken an eingefrorene Bankkonten, Kriegsverbrechertribunale oder UN-Drohnen verloren.

Ob das Glas der multilateralen Konflikttransformation nun halbleer ist oder halbvoll – die notwendigen Schritte zum Nachschenken sind hinlänglich bekannt. Zudem werden die erforderlichen strategischen wie praktischen Maßnahmen gegenwärtig von UN, EU und OSZE in umfangreichen Review-Prozessen katalogisiert und in naher Zukunft veröffentlicht. Wir warten also gespannt auf die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlungen durch die Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten. Bis dahin muss uns eine Reihe von Lektionen aus der Geschichte genügen, deren Befolgung – insbesondere durch westliche Regierungen – bestehende Konflikte deutlich entschärfen und zu ihrer Lösung beitragen könnte.

Stellvertreterkriege verlaufen selten im Sinne der Auftraggeber; daher ihre Neigung zu schleichender Eskalation. Lokale „Proxys“ nehmen zwar gerne das Geld auswärtiger Mächte, verfolgen aber primär ihre eigenen Ziele. In vielen Fällen finden sich die Auftraggeber dann selber auf dem Schlachtfeld wieder, allen früheren Beteuerungen des Gegenteils zum Trotz.

Je mehr Akteure, desto länger dauert der Konflikt. Eine Zersplitterung der Fronten – ob aus Unwissenheit über lokale Dynamiken oder aus Teile-und-Herrsche-Kalkül – ist so weit wie irgend möglich zu vermeiden.

Bevor man eine neue Konfliktpartei militärisch, finanziell oder auch nur politisch aufbaut, muss man bedenken, dass selbst kleinste Spoiler ein Veto bei einem späteren Friedensprozess einlegen können.⁵

Waffenlieferungen gießen Öl ins Feuer; Waffen aller Art sind praktisch das einzige, was es in Konfliktregionen genug gibt. Sie haben zudem die Tendenz, früher oder später gegen ihren Lieferanten gerichtet zu werden.⁶

Man kann sich seine Feinde nicht aussuchen. Und (fast) alle müssen mit an den Verhandlungstisch. Tiefgreifende Gewaltkonflikte können nur im Rahmen einer politischen Lösung beendet werden, die die Interessen der großen Mehrheit der Akteure berücksichtigt. Die (glücklicherweise seltenen) kompromissunfähigen Fanatiker

Waffenlieferungen sind keine Lösung, sie gießen nur Öl ins Feuer

⁵ Experten schätzten, dass es 2014 bis zu 1500 nichtstaatliche bewaffnete Gruppen in Syrien gab.

⁶ Nicht umsonst wurde in der amerikanischen Presse vorgeschlagen, den US-Luftangriffen auf Stellungen des IS den Namen Operation „Hey, that’s my Humvee!“ zu geben.

– der IS ist ein offensichtliches Beispiel – sollten von der größten denkbaren Koalition gemeinsam bekämpft werden.

Mühsam, langwierig, teuer

Diese Lehren zum Verhalten in Krisen sind nicht originell. Umso erstaunlicher ist es, dass sie so oft ignoriert werden. Dieses Schicksal teilen sie übrigens mit den Erkenntnissen zur Krisenfrüherkennung und Prävention, obwohl sich alle Betroffenen einig sind, dass vorbeugen besser ist

als heilen. Doch nicht nur vor und während einer Krise werden banale Grundregeln oft vergessen. Eine

Nach einem Konflikt müssen die Ursachen aufgearbeitet werden

weitere Lehre aus der Geschichte lautet nämlich: Nach dem Konflikt ist vor dem Konflikt. Wahrscheinlich ist das Trauma des Dreißigjährigen Krieges nicht für jede spätere Fehlentwicklung der deutschen Geschichte verantwortlich, aber dass Konflikte sehr lange destabilisierend wirken können, ist unbestritten.⁷ Umso wichtiger ist, dass nach einem Konflikt die zugrunde liegenden Ursachen konsequent aufgearbeitet werden. Dies ist mühsam, langwierig und teuer. Multilaterale Stabilisierungseinsätze sind zwar alles andere als perfekt, aber ohne Frage das wirksamste bekannte Instrument zu diesem Zweck.

Große Teile der Welt, keineswegs nur Konfliktregionen, sind heute ge-

prägt von einem verwirrenden Nebeneinander von vormodernen Mentalitäten und Strukturen, klassischen nationalstaatlichen Institutionen und postmodernen Phänomenen der Diffusion von staatlichen Zuständigkeiten nach oben und unten. Viele Gesellschaften sind sozusagen prä-westfälisch, westfälisch und post-westfälisch zugleich. Den Weg durch dieses Labyrinth muss jede von ihnen selbst finden, das Ziel selbst definieren. Aber wenn sie auf diesem Weg in Gewalt und Elend versinkt, kann und muss die internationale Gemeinschaft unterstützend eingreifen.

Voraussetzungen für den Erfolg solcher Eingriffe sind allerdings mehr Realismus und Bescheidenheit – traditionelle Lernziele von historischen Vergleichen in den Geisteswissenschaften. Ein Maßstab für diesen Erfolg kann sein, dass eines Tages die Menschen in Syrien, Afghanistan oder im Kongo vielleicht genügend Abstand von ihren Konflikten gewonnen haben, um Romane, Theaterstücke oder Opern über ihre Warlords genießen zu können.



Tobias von Gienanth ist stellvertretender Leiter des Arbeitsbereichs Analyse beim Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF).

⁷ Über 90 Prozent aller Bürgerkriege seit 2000 fanden in Ländern statt, die in den 30 Jahren zuvor bereits einen erlebt hatten. Barbara Walter: Conflict Relapse and the Sustainability of Post-Conflict Peace, World Development Report 2011 Backgrounder, September 2010, S. 1; United Nations University, Centre for Policy Research, a.a.O. (Anm. 4), S. 2.